

II-1081P der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

4836 /AB
1993 -07- 19
zu 4960 /J

Wien, am 16. Juli 1993
GZ: 10.101/266-X/A/5a/93

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4960/J betreffend verfehlte Strombedarfsprognosen, welche die Abgeordneten Anschober, Freunde und Freundinnen am 16. Juni 1993 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wie hoch ist die Strommenge, die durch den Wegfall der Elektrolyse Ranshofen frei geworden ist? Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die gesamtösterreichische Bedarfssituation aus? Zu welchen Tarifen hat die AMAG im Durchschnitt der letzten Jahre welche Jahres-Strommengen für ihre Elektrolyse bezogen?

Antwort:

Die Stilllegung der Elektrolyse reduzierte den Stromverbrauch um rd. 1.500 GWh jährlich. Dies war Ursache dafür, daß im Jahr 1992

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

erstmalig seit 1945 ein Verbrauchsrückgang in der öffentlichen Versorgung um 1,7 % eintrat; die Stilllegung der Elektrolyse wird sich auch noch auf den Stromverbrauch im Jahr 1993 auswirken.

Sofern sich die Anfrage auf die bestehenden Rechtsverhältnisse zwischen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und der AMAG bezieht, kann sie nicht Gegenstand einer parlamentarischen Anfragebeantwortung sein (§ 90 GOG).

Unbeschadet dieser Rechtslage, die eine Beantwortung ausschließt, möchte ich noch betonen, daß es sich bei den in der Anfrage angesprochenen Daten um Unternehmensdaten handelt, an deren Geheimhaltung ein schutzwürdiges Interesse der betroffenen Unternehmen besteht. Einer Bekanntgabe dieser Daten steht somit auch § 1 Datenschutzgesetz entgegen.

Punkt 2 der Anfrage:

Welche Strommenge liefert der Verbund laut dem oben angeführten Vertrag jährlich bis 2006 an die OKA? Welcher Tarif wird dafür verrechnet?

Antwort:

Die Verbundgesellschaft liefert unter Zugrundelegung des bis zum Jahr 2006 gültigen Koordinierungs- und Kooperationsvertrages mit der Oberösterreichischen Kraftwerke AG (OKA) 35 % bis max. 50 % der jeweiligen maßgeblichen Aufbringung im OKA-Versorgungsgebiet. Die Verbundgesellschaft verrechnet diese Energiemenge zu den Bedingungen und Preisen des jeweils gültigen Verbundtarifes für Landesgesellschaften.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Punkt 3 der Anfrage:

Hält der Wirtschaftsminister es für eine vertretbare Praxis, daß die OKA auf Verbundstrom, der an die ESG geht, einen sechsprozentigen Preisaufschlag verrechnet, ohne adäquate Gegenleistungen zu erbringen?

Antwort:

Die Höhe des von der Oberösterreichischen Kraftwerke AG verrechneten Preisaufschlags wurde hinsichtlich des vom Wirtschaftsressort verfolgten Leitmotivs der Kostenorientierung im Zuge des 1991 abgewickelten Tarifreformverfahrens der OKA erstmalig anhand von Kostenträgerrechnungen untersucht. Die aufgrund des Ermittlungsverfahrens erfolgte Festlegung durch Bescheid des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten determiniert ausdrücklich einen Zuschlag von höchstens 6 %. Dieser Preisaufschlag kann also auch unterschritten werden. Im übrigen weise ich darauf hin, daß dieser Aufschlag - wie in anderen Fällen auch - Vertrags- und Verhandlungsgegenstand zwischen den Unternehmen ist.

Die Preisgestaltung der Verkaufstarife von Landesgesellschaften geht grundsätzlich davon aus, daß diese die Verbundwirtschaft im jeweiligen Bundesland durchführen. Die damit verbundenen Kosten sind in den Tarifen der Landesgesellschaften abzudecken. Im Verbundtarif sind nur jene Kosten abgedeckt, die der Aufgabenstellung der Verbundgesellschaft für die gesamtösterreichische Verbundwirtschaft entsprechen.

Auf Grundlage des Energiekonzeptes 1993 der Bundesregierung wird

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

im Zuge der Tarifreform-Besprechungen sowie der vorbereiteten Neuregelung der Strompreisfestsetzung die Einhaltung des Kostenverursachungsprinzips für die Kostenelemente der Elektrizitätsversorgung weiterhin begleitend zu analysieren und zu gewährleisten sein.

Punkt 4 der Anfrage:

Hat die ESG beim Verbund um Direktlieferungen angesucht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Würde der Verbund der ESG in diesem Fall die gleichen Tarife wie der OKA verrechnen?

Antwort:

Aufgrund von der Oberösterreichischen Kraftwerke AG und der Verbundgesellschaft eingeholter Stellungnahmen hat die ESG bei der Verbundgesellschaft in Kenntnis der bestehenden Vertragssituation der Verbundgesellschaft mit der Oberösterreichischen Kraftwerke AG nicht um Direktlieferung angesucht. Etwaige Energiegeschäfte zwischen der Verbundgesellschaft und der ESG im Zuge der Kraftwerkseinsatzoptimierung entsprechend einer diesbezüglichen Bescheidaufgabe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten werden über die Oberösterreichische Kraftwerke AG abgewickelt.

Punkt 5 der Anfrage:

Ist der Verbund bereit, die Stromlieferungsmengen an die OKA aufgrund der aktuellen Entwicklungen (Eigenversorgung von Großabnehmern - massive Umsatzrückgänge der OKA) zu reduzieren? Wenn ja, zu welchen Konditionen?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 5 -

Antwort:

Wie bereits in der Antwort zu Punkt 2 ausgeführt, liefert, wie der Stellungnahme der Verbundgesellschaft entnommen werden kann, die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG an die Oberösterreichische Kraftwerke AG jeweils 35 % bis max. 50 % der maßgeblichen Aufbringung im Versorgungsgebiet der OKA. Verringert sich die maßgebliche Aufbringung, so reduziert sich auch die Stromlieferungsmenge der Verbundgesellschaft an die OKA. Die anzusetzenden Bedingungen und zu verrechnenden Preise sind in jedem Fall jene des Verbundtarifes für Landesgesellschaften.

Punkt 6 der Anfrage:

Sollte der Strombedarf der OKA in den kommenden zwei Jahren tatsächlich um fast 20 % zurückgehen, welche Auswirkungen hätte dies auf die aktuellen Strombedarfsprognosen des Verbundkonzerns?

Antwort:

Da sich diese Frage ausschließlich auf Unternehmensentscheidungen bezieht, wird auf die Beantwortung unter Punkt 1 verwiesen.

Punkt 7 der Anfrage:

Die OKA hat beim Wirtschaftsministerium Einspruch gegen die Inbetriebnahme von Block 2 des Fernheizkraftwerkes Linz-Süd erhoben, obwohl dieses Kraftwerk durch seinen hohen Umweltstandard besticht. Ist diesbezüglich bereits eine Entscheidung des Wirtschaftsministeriums gefallen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

Republik ÖsterreichDr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 6 -

Antwort:

Im gegenständlichen Devolutionsverfahren wurde noch keine Entscheidung getroffen. Der Zeitpunkt der Entscheidung hängt vom Verlauf und Umfang des erforderlichen Ermittlungsverfahrens ab.

